

# Sachzeitung

## halesche Neueste Nachrichten ♦ handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Sachzeitung“ erscheint an jedem Montag und Mittwoch. Der monatliche Preis beträgt 3 Mark. Der halbjährliche Preis 15 Mark. Der jährliche Preis 30 Mark. Die Abnahme von 100 Exemplaren kostet 280 Mark. Die Abnahme von 500 Exemplaren kostet 1250 Mark. Die Abnahme von 1000 Exemplaren kostet 2300 Mark. Die Abnahme von 2000 Exemplaren kostet 4300 Mark. Die Abnahme von 5000 Exemplaren kostet 10000 Mark. Die Abnahme von 10000 Exemplaren kostet 19000 Mark. Die Abnahme von 20000 Exemplaren kostet 36000 Mark. Die Abnahme von 50000 Exemplaren kostet 85000 Mark. Die Abnahme von 100000 Exemplaren kostet 160000 Mark. Die Abnahme von 200000 Exemplaren kostet 310000 Mark. Die Abnahme von 500000 Exemplaren kostet 750000 Mark. Die Abnahme von 1000000 Exemplaren kostet 1400000 Mark.

### Neues in Kürze.



Zur Rückgabe des deutschen Eigentums in Amerika.

Reichsminister A. D. Cuno, der gegenwärtig in Amerika weil, um mit der Regierung der Vereinigten Staaten in Washington über die Rückgabe des deutschen Eigentums zu verhandeln.

Im Reichstag wurden gestern von Seiten der Vertreter Sachsen, Bayerns und der Provinz Westfalen schwere Bedenken dagegen geäußert, ob die Kosten des neuen Reichstagsparlamentsgebäudes tragbar seien. Nach Angaben des Reichstags-Verwaltungsausschusses sollen auf den Kopf des Abgeordneten 600 Mark, lokale Steuern im Jahr, d. h. der dritte Teil des Gehalts. Bayern beantragte, wegen der Untragbarkeit gegen die Reichstagsgebäude den Einbruch zu erheben.

Das Ergebnis der Berliner Studentenwahlen, an denen sich 70 Prozent der Studenten beteiligten, ist: Deutsche Fraktion (national, nicht-international) 1304, Berliner Arbeiterfraktion (sozialistische Verbindungen) 1188, Deutsche Studentenbund (Demotaten) 590, Deutsche Gruppe 727, Jungstudenten 251, Vereinigte Jüdische Gruppe 163, Sozialisten 589, Hochschule der Werkstätten (Kommunisten) 255, Nationalistischer Studentenbund 118.

Der englische Kolonialminister Buxton erklärte in einer Rede als Antwort auf einen Artikel des ehemaligen deutschen Generalgouverneurs von Ostafrika Dr. Schnee, daß Englands Mandatsbereich über Ostafrika endgültig sei und nicht etwa vom Völkerbund widerrufen werden könne. Diese Auslegung des Mandats ist mit dem Sinn dieser Einwirkung und mit der deutschen Auffassung unvereinbar.

Gegen 23 von 31 seit acht Monaten in Kopen in Unterjüngerschaft befindliche junge Deutsche ist ein Hochverratsverfahren eröffnet worden. Die übrigen sind freigesprochen worden. Die Anklage wirft den jungen Leuten Vandalenhandlung vor, zu dem Zweck, Teile des italienischen Königreichs der Fremdherrschaft auszuliefern.

Der Immunitätsauschuss des Prager Abgeordnetenhauses hob auf Antrag des Landesparlamentariergesichtes die Immunität von 21 Abgeordneten auf, gegen die wegen der Krawalle im Parlament Strafverfahren eingeleitet werden soll.

Die ungarische Polizei hat die Wiederholung des von der Budapest geflüchteten Truppe Reichardt angeführten Krawalls in Szeged, die Gefangenen (24 Personen) verhaftet, weil es gegen die öffentliche Moral verstoße.

Im englischen Oberhaus hatte Lord Horder die Besetzungswahl eingebracht, der den beiden Parteien, soweit sie ihren Titel auf Grund ihrer Geburt besitzen, das Recht geben sollte, den mit dem Titel verbundenen Sitz im Oberhaus einzunehmen. Das Oberhaus hat jedoch den Gesetzentwurf gemäß seiner traditionellen Entscheidung mit 124 gegen 80 Stimmen abgelehnt.

Nach einer Mitternachtung ist der Ministerpräsident von Island, Magnússon, plötzlich verstorben.

Der Präsident der türkischen Republik Mustafa Kemal Pascha hat die Aufhebung von gegen ihn gerichteten Attentatsplänen in Swarna dazu benutzt, um sämtliche Abgeordneten und Mitglieder der Fortschrittspartei — seiner einzigen gefährlichen Opposition — schleichend und die Partei aufzulösen.

### Die Regierung und das Aufwertungsproblem.

Der Reichstag hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, den von der vorigen Regierung eingebrachten Entwurf eines zweiten Gesetzes über den Vorkaufsrecht als ersten Punkt auf die Tagesordnung der Sitzung vom 25. d. Juni zu setzen.

Die inhaltliche Einwirkung der gegenwärtigen Regierung zum Problem der Aufwertung ist die gleiche wie die der vorigen Regierung. Sie hält es für wirtschaftlich verhängnisvoll, das Aufwertungsproblem erneut aufzuwerfen. Bei der gegenwärtigen parlamentarischen Lage glaubt die Regierung jedoch, daß eine Verhandlung des vorliegenden Gesetzes diese Gefahr zu vermeiden, hätte die Regierung die Zurücknahme dieses Gesetzes beschlossen.

### Die Ablehnung der Länder- und Gemeindeanleihen.

In der Sitzung des Interparlamentarischen Ausschusses des Reichstages für die Fragen der Anleiheabgabe berichteten die Vertreter der Reichsregierung über die Verhandlungen mit den Ländern und Gemeinden.

### England und das französische Kabinett.

Die Londoner Times sagt in einem Leitartikel zur Bildung des neuen Kabinetts Briand: Frankreichs finanzielle Lage ist schlimm, sie wird Ende des Monats noch viel schlimmer sein, wenn bis dahin nicht ein durchgreifender Plan zur Sanierung der französischen Finanzen aufgestellt ist, dessen Durchführung durch die Enkeltlosigkeit der Regierung gesichert wird. Solange nicht das „zweite französische Kabinett“ der Kammer erfolgreich gegenüber getreten ist, ist Vertrauen in seine Zukunft oder in seine Pläne unangebracht.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt: In britischen Kreisen hofft man, daß die Zusammenkunft des neuen französischen Kabinetts einen Einblick in die Lage der Dinge geben wird, in der absehbaren Frage der Oblivationspolitik des Quai d'Orsay ein Ende zu machen. Italien und Großbritannien wollen in Westfalen nur die gleichen wirtschaftlichen Vorteile wie Frankreich erlangen, was bei der Bertrag von 1906 berechnet.

### Zum englischen Bergarbeiterstreik.

Sie wachen über die deutsche Konkurrenz. Der Vollzugsauschuss der Bergarbeiterinternationalen trat in London wieder zusammen. Soeben teilte mit, daß nach den in der Sitzung geprüften Berichten zwar in der zweiten Juniwoche eine geringe Zunahme der deutschen Kohlenförderung verzeichnet mit der Durchschnittsförderung im Mai festgefunden habe, aber dies genüge nicht, um irgendwelche wesentlichen Unterschiede für die Verkauf nach England zu bedeuten. Zwischenfalls habe der geringe Mehrbetrag, der in Deutschland gefördert worden sei, zu anderen Ländern Europas oder nach den Mittelmeerländern und anderen Teilen seinen Weg gefunden. Der Vorsitzende der deutschen Bergarbeiter Internationalen habe sogar berichtet, daß verschiedene Gruben in den letzten zwei Wochen geschlossen worden und daß etwa dreitausend Arbeiter insofern arbeitslos geworden seien.

### Ein Blaubuch gegen die Noten.

Die englische Regierung hat ein Blaubuch von 150 Seiten veröffentlicht, in dem eine Untersuchung über die Wirkung der kommunizierten Forderungen im Oktober des vergangenen Jahres gegeben wird. Die Dokumente zeigen die Zusammenhänge der drei kommunizierten Gruppen in England mit der Dritten Internationale und der Räten Internationalen in Moskau, sowie die damit in Verbindung stehenden verschiedenen Verbindungen finanzieller Natur.

Im englischen Unterhaus erklärte der Staatssekretär des Schatzamtes, daß der Gesamtbetrag der Schulden der Sowjetregierung an die britische Regierung einschließlich der Juni 804 Millionen Pfund betrage. Die Ansprüche britischer Amerikaner an die Sowjetregierung belaufen sich auf ungefähr 255 Millionen Pfund. — Das sind zusammen Forderungen an Rußland in Höhe von 1059 Pfund Sterling oder 21,180 Milliarden Mark.

### Der Faschismus in der Tschechei.

Der Faschismus in der Tschechei. Gefährliche Entwicklungsmöglichkeiten.

Der Faschismus in der Tschechei. Gefährliche Entwicklungsmöglichkeiten. (Von unserem Wiener Korrespondenten.) Aus bestehenden Anfängen, eigentlich aus dem Übermut gewisser Jugendverbände, hat sich der Faschismus in der Tschechei zu einer Bewegung ausgewachsen und stellt gegenwärtig einen Faktor dar, mit dem man bei der Beurteilung der innerpolitischen Verhältnisse in der Tschechei rechnen muß. Die tschechische Bewegung ist mit überaus großer Schnelligkeit in den Mittelpunkt getreten worden und es gibt kaum ein Thema, das so leidenschaftlich überall erörtert wird. Interpellationen und Erklärungen in den beiden Kammern und die Stellungnahme der tschechischen Presse haben dem Faschismus in der Tschechei einen so anhaltenden Nervosität ergriffen, die durch das gestiegene öffentliche Mißverständnis über den Faschismus entzündet verläuft.

In der Presse findet man fortgesetzt Behauptungen über die tschechische Gefahr, die einen Kampf gegen das Volk von Malarat und Beneš heraufbeschwört. Der Faschismus in der Tschechei ist in einer dieser Darstellungen, wurde zuerst Anfang April dieses Jahres bekannt, als man um Ministerialstellen die frühesten nationalsozialistischen Minister und Abgeordneten Ströhm auf die Spur kam. Die Vorgänge, die sich damals hinter den Kulissen abspielten und die im ganzen um die Einführung einer nationalen Diktatur drehten, sind in der Tat, wenn man sich die Verhältnisse in der Tschechei ansieht, ein wenig aufgefächert worden. Sie führten jedenfalls dazu, daß der Einfluß Malarats und Benešs sinkt und Ströhm einige Monate auf „Reifen“ sitzt.

### England und das französische Kabinett.

Der Schatzkanzler in der Arbeiterregierung Mac Donaldis, Snowden, richtete eine Mitteilung zur Beurteilung des Bergarbeiterstreiks an Arbeiter und Unternehmer und erklärte darin u. a.: Es ist eine grundlegende Bedingung hinsichtlich der Bezahlung der Arbeiter, daß aus einem Betrieb niemals mehr herausgeschickt werden könne, als er produzieren kann. Die Gewerkschaften sollten sich daher nicht nur für die Entlohnung der Arbeiter interessieren, sondern helfen, die Industrie so leistungsfähig wie möglich zu machen.

### Wieder Krisis in Polen.

Der Haushaltsauschuss des polnischen Sejm erklärte die Finanzminister geordnete zehnjährige Steuer ab, so daß das Budget damit in sich zusammenfällt, denn vom Ertrage dieser Steuer sollten die Ausgaben für die Leerrungsanlagen der staatlichen Angestellten bestreiten werden. Die Regierung hatte angekündigt, daß sie im Falle einer Ablehnung des Budgets juristisch gegen den Sejm vorgehen würde, jedoch nicht, wenn der Sejm die Regierung das geordnete Budget trotz des Haushaltsüberschusses bewilligt.

Aus Warschau wird gemeldet, daß infolge der wachsenden Forderung in fast allen Industriegebieten Polens größere Streikbewegungen drohen. In Graudenz, Thorn, Bromberg und Krausau ist es bereits zu Teilstreiks gekommen. Besonders kritisch ist die Lage in Lodz und im übrigen Teilgebiet, wo ein allgemeiner Streik für die ersten Juli tage vorbereitet wird und bei der Höhe der Lohnforderungen kaum noch vermeintlich ersicht.

### Haager Entscheidung über die Biersteuer.

In dem Urteil des Haager Schiedsgerichts in der Sache der Hinausschiebung der Erhöhung der Biersteuer erlassen die Richter: Der Kommissar für die verpänderten Einnahmen hat sich bei seinem Einbruch auf § 11 des begünstigten Protokolls berufen und gemeint, die Hinausschiebung der Erhöhung bedürfe einer Genehmigung der Steuer. Dagegen ist von deutscher Seite geltend gemacht worden, daß das Gesamtverkommen der verpänderten Steuern unberührt bleibt. Der Kommissar blieb aber bei seiner Ansicht. Es wurde dann ein Schiedsrichter ernannt, der die verpänderten Einnahmen eingeholt werden, aus wenn eine Vereinbarung der Steuererträge nicht vorliegt. Deutschseits wird also jetzt der Antrag auf Zustimmung des Kommissars auf Hinausschiebung der Erhöhung der Biersteuer bis zum nächsten 1. Januar gestellt werden. Ein Einpruchspräsident des Kommissars besteht nur für Branntwein, Bier, Tabak und Zucker.

Wir werden es leider wohl noch häufiger zu hören bekommen, daß wir mit Annahme des Damesplanens unsere Finanznotlage aufgegeben haben.

### Der Faschismus in der Tschechei.

Der Faschismus in der Tschechei. Gefährliche Entwicklungsmöglichkeiten.

Der Faschismus in der Tschechei. Gefährliche Entwicklungsmöglichkeiten. (Von unserem Wiener Korrespondenten.) Aus bestehenden Anfängen, eigentlich aus dem Übermut gewisser Jugendverbände, hat sich der Faschismus in der Tschechei zu einer Bewegung ausgewachsen und stellt gegenwärtig einen Faktor dar, mit dem man bei der Beurteilung der innerpolitischen Verhältnisse in der Tschechei rechnen muß. Die tschechische Bewegung ist mit überaus großer Schnelligkeit in den Mittelpunkt getreten worden und es gibt kaum ein Thema, das so leidenschaftlich überall erörtert wird. Interpellationen und Erklärungen in den beiden Kammern und die Stellungnahme der tschechischen Presse haben dem Faschismus in der Tschechei einen so anhaltenden Nervosität ergriffen, die durch das gestiegene öffentliche Mißverständnis über den Faschismus entzündet verläuft.

In der Presse findet man fortgesetzt Behauptungen über die tschechische Gefahr, die einen Kampf gegen das Volk von Malarat und Beneš heraufbeschwört. Der Faschismus in der Tschechei ist in einer dieser Darstellungen, wurde zuerst Anfang April dieses Jahres bekannt, als man um Ministerialstellen die frühesten nationalsozialistischen Minister und Abgeordneten Ströhm auf die Spur kam. Die Vorgänge, die sich damals hinter den Kulissen abspielten und die im ganzen um die Einführung einer nationalen Diktatur drehten, sind in der Tat, wenn man sich die Verhältnisse in der Tschechei ansieht, ein wenig aufgefächert worden. Sie führten jedenfalls dazu, daß der Einfluß Malarats und Benešs sinkt und Ströhm einige Monate auf „Reifen“ sitzt.

Von dieser Zeit an beherrschten Gerichte die Öffentlichkeit, daß der bekannte Abgeordnete General Gajda beim Ansehen ist, mit Hilfe der Armee einen Umsturz herbeizuführen, und daß Gajda zu einem Kreise von Männern gehörte, die alles zu einer Diktatur vorbereitet hätten. In der Tat wurde Gajda auf allen tschechischen Versammlungen als Held der Nation und als Führer der tschechischen Bewegung bezeichnet, so daß die offizielle Presse in der Tschechei eine unheimliche Stimmung über die absolute Querschnittlichkeit der Armee und ein verzweifelttes Querschnitts-schreiben Gajdas die Öffentlichkeit hinsichtlich des tschechischen Problems nicht beruhigen konnten. In den letzten Tagen nun haben jedoch die Nachrichten als auch die Antifaschisten tiefe Demonstrationserregungen abgelenkt, die auf beiden Seiten einige schreckliche Verluste aufzuweisen ließen.

Einen tschechischen Faschismus hat es schon gegeben, als Mussolini noch völlig unbekannt war. Das ganze tschechische System mit dem Ziele der Verwirklichung eines rein tschechischen Nationalstaates ist nichts anderes als Faschismus, seine Methoden sind vollständig, ihre Vertreter, wie auch das tschechische Volk mit ganz geringen Ausnahmen, mühen sich, tschechisch zu sein. Also ein nicht-faschistischer Faschismus, nicht ein Faschismus der Legislative, sondern der Exekutive.

Das, was sich demgegenüber jetzt als Faschismus zeigt, ist der offizielle Faschismus, dessen einziger Unterschied von dem anderen der ist, daß der erste unter dem Mantelchen der Demokratie arbeitet, während dieser die Verfassung und die Legislative des Faschismus anpacken will und das unter der Hand schon seit Jahren und Tag betriebene System auch nach außen hin aufrichten möchte. Es handelt sich um nichts weniger als um einen Kampf gegen das große Gebäude, das Präsident Malarat gefischt geerntet hat, um einen Kampf gegen Malarat-Beneš selbst und gegen eine Linie, die nach und nach hoch darauf hinaufgebaut wurde, daß nach erreichtem Uebergeben des tschechischen Volkes auf allen Gebieten des tschechischen Lebens ein Ausgleich und eine Verbindung mit den internationalen Bürgern des Staates gefunden wird.

Die Tragik des tschechischen Faschismus besteht hier in aller Deutlichkeit zum Ausdruck. Sie liegt darin, daß der Staat bei der in Generationen anzuregenen Demut des tschechischen Volkes die fünf Millionen fremdbornen Bürger nicht zu verdrängen vermag. Der Wille um nationalen Ausstieg ist beim tschechischen Volke so übermächtig, daß ein Nebeneinanderleben der verschiedenen Nationalitäten nach Schweizer Muster, wie sie eigentlich eine Lebensnotwendigkeit des tschechischen Staates bezeichnen, ist auf nationaler Probleme zu Grunde gehen, nicht auf den erbitterten Widerstand des ganzen tschechischen Volkes lösen.

Angefaßt dieser Lage wird von deutscher Seite die Frage stellt, ob man sich auf tschechischer Seite lösen darf, was mit dem dreieinhalb Millionen Deutschen zu geschehen hätte. Der tschechische Sozialdemokrat und ehemaliger Minister Schwane sagte kürzlich auf einer Versammlung: „Was sollen wir mit unseren Deutschen machen; nachdem wir sie in den Staat gewollt und genommen haben? Können wir sie in die Welt auswerfen, sie unfruchtbar machen oder vergasern?“



